Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1907

105 (7.5.1907)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 105. Karlsruhe, Dienstag den 7. Mai 1907. 27. Jahrgang.

Gouverneur Woldemar Horn

vor der kaiserlichen Disziplinarkammer für die Schutzgebiete.

(Verurteilung des Gouverneurs z. D. für die Kolonie Togo zur Amtsentlassung.)

Die kaiserliche Disziplinarkammer für die Schutzgebiete trat am Samstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Lindenberg in Berlin zusammen, um in öffentlicher Sitzung in der Disziplinarsache des Gouverneurs Woldemar Horn zu verhandeln und zu entscheiden. Es handelt sich um die Angelegenheit des 18jährigen

Negerjünglings Zedu,

welcher verstarb, nachdem er ungefähr 24 Stunden lang an einen Flaggenmast gefesselt gewesen war. Horn, der Jurist und in seinem militärischen Verhältnis Oberleutnant der Landwehr ist, wurde definitiv im Dezember 1902 Gouverneur des Schutzgebiets Togo. 1904 wurde er suspendiert und 1905 mit einem Wartegeld von 6150 Mark in den einstweiligen Ruhestand (z. D.) versetzt.

Als Vertreter der kaiserlichen Staatsanwaltschaft fungiert der Wirkliche Legationsrat Dr. Golinelli. Er erhält das Wort zur Anschuldigung. Er geht davon aus, daß der Disziplinarverhandlung die Feststellungen des gegen den Angeschuldigten im Juni 1905 ergangenen rechtskräftigen Urteils im Strafprozeß zu Grunde zu legen seien. Es ist das Urteil des Obergerichts (zweite Instanz) für die Gouvernements Kamerun und Togo, durch das Herr Horn wegen vorsätzlicher Körperverletzung im Amte zu einer Geldstrafe von 900 Mark verurteilt wurde. Der Staatsanwalt gibt deshalb das Urteil im wesentlichen wieder: Im Frühjahr 1903, nach der Ernennung zum Gouverneur, machte Horn eine Dienstreise durch das Schutzgebiet. Als die Expedition die Station Sobode besuchte, fand dort am 19. März 1903 nachmittags zu Ehren des Gouverneurs ein Tanzfest der zahlreich aus der Gegend erschienenen Neger statt. Während des Festes wurde die Expeditionskasse erbrochen und es wurden daraus 750 Mark gestohlen. Der Verdacht fiel auf Zedu, den schwarzen Diener des Expeditionsmeisters Poetsch, unter dessen Bett der Geldkasten stand. Zedu wurde verhaftet und vom stellvertretenden Stationsleiter Hauptmann von Döring vernommen. Der Gouverneur, der am andern Morgen weiter wollte, nahm dann die Sachs selbst in die Hand. Gegen 11 Uhr gestand Zedu, daß er das Geld entwendet habe. Er nannte auch einen Ort in etwa zwei Stunden Entfernung, wo es sein sollte. In der Nacht noch brach der Expeditionsmeister Poetsch mit Zedu und einer Anzahl schwarzer Soldaten dorthin auf. Das Geld fand sich aber nicht, auch nicht an einem andern Ort näher bei Sobode, den nun Zedu angab. Am andern Morgen begann Horn das Verhör von neuem. Nach einigem Irreführen schritt Zedu direkt auf ein zusammengelegtes Zelt zu und rollte es auseinander, wobei 250 Mark zum Vorschein kamen. Nunmehr wurde Zedu dem Hauptmann von Döring als Stationsleiter zur Aburteilung übergeben. Das Urteil lautete auf

zweimal 25 Hiebe und 5 Jahre Kettenhaft.

Der Gouverneur bestätigte sofort das Urteil. Zedu erhielt dann gleich in seiner Gegenwart die ersten 25 Hiebe, nachdem er körperlich untersucht und gesund befunden war. Der Gouverneur ordnete dann an, daß er an den zwanzig Schritt vom Stationsgebäude entfernten Flaggenmast gebunden werden sollte. Zedu mußte zu dem Zwecke auf eine etwa einen Meter hohe Steinpyramide treten, die dem Flaggenmast auf dem felsigen Grunde als Stütze dient. Zedus Arme wurden nach rückwärts um den Mast gezogen und fest zusammengeschnürt, während die Füße durch einen Fußring aus doppelten Eisen zusammengehalten wurden. Der Gouverneur hieß es gut. Der Verurteilte litt (alles nach den Feststellungen des Obergerichts) heftige Schmerzen, so daß er laut schrie. Vom Angeklagten wurden die Schmerzensrufe gehört. Nach etwa 1/2 bis 3/4 Stunden wurde Zedu in Abwesenheit des Angeklagten Horn auf Anordnung des Zeugen v. Döring losgebunden. Er wollte zeigen, wo das übrige Geld sei. Es fand sich aber nichts. Zedu mußte wieder an den Flaggenmast. Man band ihn jetzt aber etwas lockerer. Den Tag über blieb er auf der den Mast umgebenden Steinpyramide, wobei er (er war nur mit einem Hemd bekleidet)

gegen die heißscheinende Sonne nicht geschützt

war. Der Angeklagte beobachtete ihn von der Veranda, sprach auch einigemale mit ihm. Einigemale wurde Z. losgebunden, wenn er angab, er wolle das Versteck zeigen. Es wurde aber nichts gefunden. Zedu schrie am Flaggenmast noch mehreremale im Laufe des Tages, wobei Angeklagter sagte: „Bist du ein abgebrühtes Schwein!" und zu Döring: „Haben Sie schon mal eine Träne bei ihm gesehen?" — Der Aufbruch der Expedition wurde bis zum nächsten Morgen verschoben. Zedu verblieb die Nacht gefesselt am Mast, wobei er auf der Steinpyramide kauerte. Feste Nahrung hat er nicht erhalten. Es konnte nicht festgestellt werden, ob er während der Fesselung oder in der Nacht vorher etwas zu trinken erhielt. Am folgenden Morgen fand Horn ihn am Mast im erschöpften zusammengesunkenen Zustande.

Er ließ ihn am Mast.

Er behauptet, er habe jetzt Z. dem Stationsleiter v. Döring übergeben. Der Zeuge Döring bestreitet das. Das Obergericht hat dem Zeugen v. Döring vollen Glauben beigemessen. Der Angeklagte ritt jedenfalls mit dem Zeugen v. Döring zum Stationshof hinaus, ohne daß Zedu abgebunden worden war. Von Döring begleitete den weitergehenden Chef ein Stück des Wegs, 1 1/4 Stunden weit, wie es seine Pflicht war. Dann ritt v. Döring sehr schnell zurück, um Zedu losbinden zu lassen. Z. war völlig erschöpft. Er wurde mit Wasser begossen und erhielt zu trinken. Auf die Frage, wo es ihm fehle, konnte Z. nur auf den Bauch zeigen und sich auf die andere Seite wälzen.

Der Tod

erlöste ihn bald. — Das sind die tatsächlichen Feststellungen des Obergerichts. — Legationsrat Dr. Golinelli fuhr nun fort: Der jetzigen Anschuldigung gegen Horn lege er zugrunde diesen Tatbestand und berücksichtige auch die Erwägungen des rechtskräftigen Urteils. Dieses gehe davon aus, daß als sehr wahrscheinlich, ja beinahe als erwiesen anzunehmen sei, daß der Tod Zedus durch die Gesamtheit von schädlichen Einwirkungen von der Verhaftung an hervorgerufen sei, wenn das Gericht auch ein non liquet ausspreche und meine, daß noch andre Ereignisse, die dem Gouverneur nicht zur Last fielen, schuld am Tode wären. Ferner habe das Obergericht angenommen, daß Horn bei seinem Verfahren nicht die Absicht hatte, auf Z. dahin einzuwirken, daß er sich hinsichtlich des Versteckes des übrigen gestohlenen Geldes zu Geständnissen bewegen ließe. Das Obergericht bemerkte aber doch, daß der Angeklagte vom Nebengedanken geleitet wurde, daß Z., wenn er angebunden werde, eher geneigt sei, auszusagen, wo das übrige Geld sei. Eine rechtswidrige Ueberschreitung der dem Reichsbeamten zukommenden Strafvollstreckungs- und Sicherungsmaßnahmen habe das Obergericht darin gefunden, daß nach seiner Annahme der Gouverneur den Zedu zu stark fesseln ließ, so daß er heftige Schmerzen litt, und daß er ihn eine halbe Stunde in der Lage beließ, obwohl Z. den heftigen Schmerzen heftigen Ausdruck verlieh. Das Gericht meine, die Maßnahme hätte humanitärer durchgeführt werden können. Ferner sehe das Gericht eine Rechtswidrigkeit darin, daß der Gouverneur während der 24stündigen Fesselung nicht dafür sorgte, daß Zedu Speise und Trank erhielt, zumal er nicht wußte, wann Zedu das letzte Mal etwas genossen habe. Und drittens lege das Obergericht ihm zur Last, daß er am Morgen des 31. März, als er Z. erschlafft am Mast hängen sah, ihn nicht sofort befreite, sondern ihn in der Lage ließ. — Auf Grund dieser Feststellungen habe der Reichskanzler die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens verfügt. Und die Anschuldigung stehe auf dem Standpunkt, daß ein grobes Vergehen gegen die Amtspflichten vorliege. Das Urteil der Disziplinarkammer erging auf

Amtsentlassung

mit der Milderung, daß Horn Zeit seines Lebens Zweidrittel des gesetzlichen Pensionsbetrags verbleiben sollen. Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben: Das Disziplinargericht sei allerdings der Meinung, daß in der Art, wie Zedu aufgestellt wurde, eine Verletzung der Dienstpflichten an sich nicht zu erkennen sei. Dagegen ließen die Gründe, aus denen es geschehen, selbst wenn man der Betrachtung des Angeschuldigten folge, eine Verletzung der Dienstpflichten ersehen. Es sei zugestanden worden, daß die Art, wie Z. behandelt wurde, in Fernstehenden, hauptsächlich in den Negern und besonders in Z. selber, die Meinung hervorrufen mußte, daß dies Ausstellen ein Mittel sein solle, ihn zu veranlassen, das Versteck der noch fehlenden 500 Mark anzugeben. Maßregeln des Gouverneurs, die diesen Verdacht erweckten, den nämlich, daß sie etwas Strafbares seien, die also das deutsche Reich und seine Regierung in Mißkredit bringen konnten, stellten auf jeden Fall eine Verletzung seiner Amtspflichten dar. Dann sei festgestellt eine zu strenge Fesselung, die auch bewiesen sei durch das Schreien des Negers, der doch sonst von harter Natur sei. Der Angeschuldigte mußte sich davon überzeugen, ob es zu fest war, wenn er sich überhaupt als Gouverneur dazu hergab, solche Strafvollstreckung vorzunehmen. Für erwiesen sei auch der zweite Punkt anzusehen, daß Zedu nichts zu essen und zu trinken bekommen habe. Wenn Angeschuldigter diese höchst abnorme Art der Strafvollstreckung vornahm, dann wäre es seine Pflicht gewesen, dafür zu sorgen, daß, was in allen Gefängnissen an Essen und Trinken den Gefangenen gewährt werde, auch Zedu geliefert wurde. Pflichtwidrig sei es, wenn Angeschuldigter sage, er habe sich darauf verlassen, daß Z. etwas bekomme. Er mußte sich sagen: „Ich lasse ihn so aufstellen, das ist Strafhaft, ich muß ihm zu essen und zu trinken geben." Das Schwerste aber sei, daß Horn am andern Morgen, als er sah, daß Zedu schwer körperlich litt, daß er sozusagen am Maste hing oder kauerte,

ihn nicht sofort losmachen ließ

und ihm nichts zu essen und zu trinken gab. Angeschuldigter habe selbst gesagt: „Da kam mir der Gedanke, Z. habe vielleicht nichts zu essen bekommen." Und er behaupte auch selber, er habe zum Hauptmann v. Döring gesagt, der Z. gefalle ihm gar nicht. Horn habe aber nichts getan, ihn loszubinden. — Eine Ordnungsstrafe sei nicht möglich, es müsse eine schwerere sein. Eine Strafversetzung sei auch nicht möglich. Wer hoch stehe, müsse auch gewärtig sein, tief zu fallen; der müsse es sich vergegenwärtigen, daß seine Stellung es ihm unmöglich mache, sich in der festgestellten Weise disziplinarisch zu vergehen. Eine Versetzung in ein gleiches Amt mit gleichem Rang sei auch nicht denkbar.

Man könne nicht im Auslande einen strafversetzten Gouverneur haben.

Es bleibe die Dienstentlassung als die notwendige Strafe übrig. Da aber H. ein verhältnismäßig vorwurfsfreies Beamtenleben hinter sich habe und die gerügte Tätigkeit immerhin bezweckte, dem Staate das entwendete Geld wieder zu verschaffen und seine Autorität den Eingeborenen gegenüber zu wahren, so könne Milde walten soweit, daß ihm ein erheblicher Teil seiner Pension gelassen werde.

Die Anklage der „Cousine".

Frau v. Germar geb. Ecke, die vielgenannte falsche „Cousine" des Kameruner Gouverneurs Jesko v. Puttkamer, ist bekanntlich im Disziplinarprozeß gegen Puttkamer vom Staatsanwalt übel behandelt worden. Erschien der Herr Angeklagte selbst in der Rede dieses höflichsten aller Staatsanwälte als untadeliger Ehrenmann, so beschimpfte er dafür die Cousine in ihrer Abwesenheit — denn merkwürdigerweise war sie ja nicht vorgeladen worden — als „reisende Dirne" und als „bestrafte Wechselfälscherin".

Nun veröffentlicht die entlassene Geliebte des Gouverneurs eine Erklärung, in der sie bestreitet, jemals wegen Wechselfälschung bestraft worden zu sein. Des weiteren erzählt sie in der Hauptsache folgendes:

Nachdem das Disziplinarverfahren eröffnet worden war, habe Jesko sie aufgesucht und ihr erklärt, er müsse sich eine Kugel vor den Kopf schießen, wenn sie ihm nicht helfe, und nicht die Schuld an der Paßfälschung auf sich nehme. Schließlich habe sie sich bereit gefunden, einen fingierten Brief zu schreiben, der von Puttkamer entworfen war. Dieser versprach ihr, er werde das gefälschte Dokument nur dem damaligen Kolonialdirektor, dem Erbprinzen Hohenlohe und seiner Mutter zeigen und es ihr binnen 24 Stunden zurückstellen. Da Puttkamer sein Versprechen nicht hielt, schrieb sie an Hohenlohe und gestand, daß der für den Angeklagten entlastend lautende Brief bestellte Arbeit gewesen sei.

Noch ungeheuerlicher als diese teilweise schon bekannte klingt folgende neue Behauptung der Frau v. Germar:

In ihrer Wohnung seien Briefe, die Puttkamer an sie geschrieben habe, behördlich beschlagnahmt worden und in diesen Briefen stehe mit deutlichen Worten, daß Puttkamer die Zeugin bat, sie möge ihre Aussage schonend einrichten und sich darauf berufen, daß sie nach so langer Zeit Genaues nicht mehr wisse.

Diese Briefe hat Frau v. Germar nach ihrer Behauptung nicht zurückbekommen, und keiner von ihnen ist in der Disziplinarverhandlung zur Verlesung gebracht worden.

Sind diese Behauptungen richtig, so zeigt sich an einem eklatanten Falle, mit welchen Mitteln in der Aera Dernburg Kolonialbeamte vor der Oeffentlichkeit gedeckt werden. Herrn Dernburg steht ja die sittliche Entrüstung, mit der er gegen die Freunde rückhaltloser Aufklärung im Reichstag donnert, überhaupt ganz vortrefflich.

Badische Politik.

Juristische Staatsaktionen und kein Ende.

Die Herren Junghanns und Dr. Haas in Mannheim haben mit ihren bisherigen Aktionen in Sachen Majestätsbeleidigung durch das Witzblatt Schnupftabak noch nicht genug Lorbeeren errungen. Wie die Volksstimme berichtet, ist jetzt auch an den Verteidiger des Genossen Geck, Reichstagsabgeordneten Dr. Frank, eine Zeugenladung zur kommissarischen Vernehmung vor dem Berliner Amtsgericht ergangen. Dr. Frank hat das Recht, als Verteidiger Gecks das Zeugnis zu verweigern.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salamon.

29) (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der junge Unterleutnant von der vierten Batterie unterhielt sich gerade angelegentlichst mit dem Wachtmeister, als er zu seinem namenlosen Schrecken bemerkte, daß auch verschiedene Rekruten aus seiner Batterie eilends über den Hof stürmten.

„Was fällt denn den Kerls ein?" Himmelelement! Ist denn auf einmal jede Disziplin aufgelöst?" schnarrte der Leutnant die übrigen Rekruten an. „Da hört doch einfach alles auf!" Und sich an den Wachtmeister wendend, befahl er: „Erkundigen Sie sich doch mal, was da eigentlich los ist, und bringen Sie die disziplinbrüchigen Kerls gleich wieder mit!"

„Zu Befehl, Herr Leutnant!" erwiderte dieser, um dann schleunigst nähere Erkundigungen einzuziehen. Nach etwa zehn Minuten kam der Wachtmeister, gefolgt von seinen Untergebenen, mit ernstem Gesicht auf den Leutnant zu, demselben meldend: „Der Rekrut Röder von der zweiten Batterie hat wegen einer erhaltenen Ohrfeige von seinem Sergeanten diesen mit einem Faustschlage zu Boden gestreckt, ist dann geflüchtet und hat hierauf Selbstmord begangen, indem er sich aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes auf den Hof hinabstürzte. Er brach das Genick und war sofort eine Leiche."

Aufmerksam hatte der Leutnant zugehört, um sich dann mit hochgezogenen Augenbrauen an die nun wieder vollzählige Mannschaft zu wenden. „Wißt ihr Kerls denn gar nicht, was Disziplin heißt? Da laufen einige von euch so mir nichts dir nichts einfach aus dem Gliede fort und das alles wegen eines lumpigen Gemeinen! Ist doch unerhört! Und dabei soll dieser tote Kerl seinen Vorgesetzten brutal mißhandelt haben. Wißt ihr auch, wie viel Jahre Zuchthaus darauf stehen? — Nee? — Na, denn Herr Wachtmeister, halten Sie den Leuten gleich mal über diesen Fall eine kleine Instruktions-Vorlesung." Damit wandte er sich um und war im Begriff, seine Kameraden aufzusuchen, als er sich plötzlich umdrehte und zum Wachtmeister schnarrte: „Ja so, Herr Wachtmeister, damit ichs nicht vergesse. Die Kerls, die da so weggelaufen sind, werden zur Bestrafung gemeldet." Dann machte er Kehrt und verließ säbelrasselnd den Kasernenhof.

In dumpfem Schweigen umstehen mit feuchten Augen die Kameraden den vollständig zerschmetterten Körper ihres Freundes. Der schnell herbeigeholte Stabsarzt ordnete zuerst die Fortschaffung des toten Körpers an, um dann den Sergeanten, der noch einige schwache Lebenszeichen von sich gab, zu untersuchen. Die Verletzung, welche derselbe erlitten, war keine lebensgefährliche zu nennen, sondern der Arzt meinte, daß Künzel schon nach einigen Wochen wieder ganz hergestellt sein würde. Man schaffte den Verletzten sofort ins Lazarett, wo ihm die ausgiebigste Pflege zuteil wurde, und aus dem er tatsächlich auch schon nach sechs Wochen als völlig geheilt entlassen werden konnte.

Das ganze schaurige Drama spielte sich dann noch einmal vor dem Kriegsgericht ab, welches eine strenge Untersuchung angeordnet hatte. Da der wahre Sachverhalt nicht ermittelt werden konnte, und Friedel ohne jede Beweise sich wohl hütete, die Behauptung seines toten Freundes auszusprechen, so wurde der Sergeant Künzel von der Soldatenmißhandlung, weil er dazu hochgradig gereizt worden sei und in Anbetracht der erhaltenen Verletzung freigesprochen und zum Feldwebel befördert, in ein anderes Regiment versetzt.

Der Selbstmord des Rekruten Röder dagegen wurde zurückgeführt auf die Furcht vor der zu erwarten gewesenen schweren Strafe wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft. So war von Rechts wegen verordnet und die Sache damit erledigt.

Der Gefreite Karl Friedel aber war seit dem furchtbaren Tode seines einzigen wahren Freundes ganz das Gegenteil geworden, als was er früher war. Sonst immer munter und freundlich, sah man ihn still und schweigsam umhergehen. Nur mürrisch und widerwillig tat er jetzt den Dienst, der ihm verhaßt war für alle Zeiten. Er allein wußte es, was seinen Freund in den Tod getrieben hatte: Das war der unselige verfluchte Militarismus mit seinen barbarischen Strafandrohungen und dem furchtbaren Uebergewicht des Vorgesetzten über seine Untergebenen. Und nicht eher würde dieser unwürdige Zustand verschwinden, als bis einst eine bessere, gerechtere Menschheit über die augenblicklich herrschende triumphieren mußte.

Eines gelobte er sich im Stillen fest und heilig: er wollte die letzte Bitte seines Freundes, soweit er dazu imstande war, voll und ganz erfüllen. Das wollte er als sein erstes und höchstes Lebensziel betrachten, sobald er den nun für immer verhaßten bunten Rock mit leichterem Herzen abstreifen konnte.

14.

In dem sonst stillen Häuschen der alten Rese herrschte schon seit einigen Tagen eine ganz ungewohnte Lebhaftigkeit. Nicht allein, daß jetzt täglich eine ältere Frau, welche die Funktionen einer Hebamme im Dorfe verrichtete, in dem Häuschen vorsprach, auch die Bäuerin Jürgens erschien vormittags und nachmittags regelmäßig auf eine halbe Stunde bei der jungen Mutter, um nach dem Rechten zu sehen.

Mutter Rese trippelte unaufhörlich hin und her. Bald war sie in ihrem Stübchen, dann in der Küche und von da gings wieder hinüber nach dem andern großen Nestchen, wie sie diese Stube jetzt nannte.

Das Trippeln auf ihren alten Füßen wurde ihr auch gar nicht mehr so schwer wie sonst. „Zwischen all' dem jungen Zeug wird man selbst wieder nochmal jung", hatte sie zur Bäuerin lächelnd geäußert.

Heute hatte die Bäuerin sogar ein junges Hühnchen für die Wöchnerin mitgebracht, und die Alte war nun dabei, die kräftige Suppe davon durchzugießen. Als sie mit dem dampfenden Napf die kleine, wohnlich ausgestattete Stube, in welcher die junge Mutter mit ihrem Neugeborenen lag, vorsichtig betrat, sagte sie schmunzelnd: „Kannst dich heute mal extra pflegen, meine Tochter, 's ist was delikates, so 'ne Hühnersuppe. Die Bäuerin weiß, was dir wieder auf die Beine helfen wird."

Ein zufriedenes Lächeln auf dem Gesicht der jungen Mutter belohnte die Alte für ihre Fürsorge.

„Eine Mutter könnte für ihre Tochter nicht besser sorgen, wie Ihr es tut", sagte Berta mit dankbarem Blick. „Nun bin ich schon sieben Tage bei Euch und immer schafft Ihr noch unverdrossen für mich. Aber heute fühle ich mich schon wieder so kräftig, daß ich gleich aus dem Bett springen möchte."

„Woraus aber nichts wird", sagte die Alte in mütterlich strengem Tone. „Noch zwei Tage, und dann meine Tochter, können wir's mal probieren. Aber eher nicht!" Dann legte sie ihr Kissen etwas höher, damit Berta sich ordentlich im Bett hochsetzen konnte und gab ihr den Suppentopf nebst einem Löffel in die Hände. „So und nun wird tapfer gegessen."

Vorsichtig beugt sich darauf die Alte über einen kleinen Waschkorb, welcher mit Betten angefüllt ist, in denen das Neugeborene warm und sicher eingehüllt liegt.

„Wem das kleine Ding wohl ähneln wird?" fragte die Alte mit leiser Stimme. „Noch kann man nichts davon sehen. — O, jetzt verzieht's kleine Mäulchen. — Na, na, kleiner Schlingel, fang nur nicht an zu plärren. — Richtig, da geht's auch schon los! Was hat das kleine Würmchen für 'ne Stimme! Man merkt gleich, da sitzt Leben drin."

Die Alte stand immer noch über den kleinen Schreihals gebückt. Ihr runzliges Gesicht erschien glatter als sonst. Die Augen leuchteten beinahe in jugendlichem Feuer auf, als sie das kleine Ding betrachtete. „Man könnt dich noch beneiden um deine Mutterfreuden, Berta", sagte die Alte lächelnd. „So sind die Dingelchen eigentlich am besten, wenn sie sich in die Mutterbrust hineinnuscheln und mit voller Gier das Leben trinken. Ist's nicht so, meine Tochter?"

„So ist es", nickte Berta, der Alten beipflichtend. „Man fühlt dann ein anderes Leben in sich emporblühen. Es wächst die Verantwortung mit dem Kinde, es wachsen aber auch die Sorgen, und trübe Gedanken verdunkeln meine Freuden. — Ist es nicht schrecklich Mutter Rese, wenn ich immer wieder daran denken muß, wie ich hier mit meinem jungen Glück doch so verlassen liege, während der Vater meines Kindes weit, ach so weit von uns entfernt ist und dem Neugeborenen keinen Vaterkuß auf die Stirn drücken kann?" fragte sie mit ernsten Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Mit Recht bemerkt die Volksstimme, daß die Verlegenheit, in die sich Staatsanwalt und Untersuchungsrichter in der vielerörterten Karnevalssache hineingeritten haben, sie zu den seltsamsten Unternehmungen verleitet. Zu diesen zählt auch der Versuch, durch Einvernahme einer Reihe von Mitgliedern des Mannheimer Journalisten- und Schriftstellervereins festzustellen, was Redakteur Geck in der geschlossenen Versammlung des letzteren vom 25. März d. J. über seine Beziehungen zum Karnevalsblatt Schnupftabak gesagt hat.

Und trotz diesen mehr als seltsamen Inquisitionskünsten ist die Mannheimer Staatsanwaltschaft mit ihrer Justizaktion gegen den Schnupftabak heute noch genau auf demselben Fleck, wie am ersten Tage. Wie lange gedenkt sie die aussichtslose Untersuchung nach dem „Uebeltäter" noch fortzusetzen? Das Ansehen der Justiz und das Zutrauen zu derselben haben durch das bisherige Verfahren wahrlich nicht gewonnen.

Obkircher und Wacker.

Wiederum vertagt wurde die auf heute (Dienstag) angesetzt gewesene Verhandlung vor dem Schöffengericht Karlsruhe in Sachen Obkircher gegen Wacker. Herr Obkircher hat weitere Beweisanträge gestellt. Bekanntlich hat Herr Wacker Widerklage erhoben, sodaß die Herren Obkircher und Wacker Kläger und Beklagte zugleich sind. Wir haben schon früher unseren Standpunkt dahin klargelegt, daß politische Gegner möglichst vermeiden sollten, ihre Differenzen vor Gericht auszutragen.

Ob es wahr ist?

Die Frankfurter Zeitung schreibt: Die Vorarbeiten für die Revision des Beamtengehaltstarifs, die mit äußerster Geheimhaltung betrieben wurden, sind so gut wie beendet. Die Reform dürfte besser ausfallen, als bisher im Hinblick auf frühere Auslassungen des jetzigen Finanzministers Honsell vor seiner Ministerzeit befürchtet wurde. Es sind, wenn unsere Informationen zutreffen, Aufbesserungen von 10 bis 40 Prozent vorgesehen unter spezieller Berücksichtigung der unteren Beamtenklassen, bei Vereinfachung der Gehaltsgruppen im allgemeinen. Es wird darauf ankommen, daß der Landtag die nötigen Mittel bewilligt, woran es kaum fehlen kann.

Für die polizeiliche Bestrafung jugendlicher Personen

hat das Ministerium des Innern, wie die „Süddeutsche Reichskorrespondenz" mitteilt, folgende Grundsätze zur Pflicht gemacht: Gegen jugendliche Uebertreter soll, sofern nicht auf eine polizeiliche Strafverfügung überhaupt zu verzichten und die Sache durch eine Schulstrafe, Benachrichtigung der Eltern oder mündliche Verwarnung zu erledigen ist, beim Fehlen erschwerender Umstände in erster Reihe auf Geldstrafe erkannt und das Strafmaß so gewählt werden, daß die Geldstrafe bezahlt und die Umwandlung in Haft vermieden werden kann. Dementsprechend ist das Ministerium bereit, bei Festsetzung höherer Geldstrafe begründeten Anträgen auf Ratenzahlung möglichst entgegenzukommen. Den Bestraften ist nahezulegen, daß sie die Erlaubnis zu solchen Ratenzahlungen erbitten. Bei Haftstrafe gegen Jugendliche haben die Bezirksämter auch ohne Antrag der Bestraften von sich aus jeweils zu prüfen, ob nach der Gesamtlage des Falles, der Persönlichkeit der Verurteilten und den Verhältnissen, in denen er bisher lebte und in die er in Zukunft eintreten wird, ein Erlaß der Strafe im Gnadenweg oder eine Aussetzung des Strafvollzuges angebracht erscheint. Ist dies der Fall, so ist dem Ministerium Vorlage zu machen. Ein etwaiger Strafaufschub wird dann unter der Voraussetzung fernerer guter Führung eventuell bis zum Ablauf der für die Strafvollstreckung gesetzlich bestimmten Verjährungszeit gewährt. Eine Ueberwachung des Verurteilten während der Probezeit hat nicht stattzufinden. Nach Ablauf der Probezeit kann weiterer Strafaufschub bewilligt oder die Strafe im Gnadenweg erlassen werden.

Der „reformierte" Fahrplan.

Man schreibt uns aus Arbeiterkreisen:

Große Enttäuschungen brachte der neue Fahrplan. Geradezu unhaltbare Zustände machen sich auf der Strecke Karlsruhe—Bruchsal geltend. Ein Arbeiter, der in Durlach wohnhaft ist, in Karlsruhe arbeitet und der um 6 Uhr abends Feierabend hat, kann von Glück sagen, wenn er schließlich um 7 Uhr in Durlach ankommt. Wer nach Bruchsal fahren muß, sieht gegen halb 8 Uhr die Bruchsaler Kirchtürme, wer aber gar auf einem Orte in der Nähe Bruchsals wohnt, muß froh sein, wenn er gegen halb 9 Uhr abends bei den Seinen ankommt. Und dieses Schneckentempo im Zeichen des „reformierten" Verkehrs.

Der Leser wird sich fragen: Fahren denn auf der Hauptstrecke so wenig Züge? O ja! Es gehen genug Züge, aber — nicht für Arbeiter mit Wochenkarten. 5^{40} nachmittags geht ab Karlsruhe ein Schnellzug; 5^{54} ein Personenzug, den aber die Besitzer von Wochenkarten nicht benützen dürfen. Um 6 Uhr geht ein sogenannter Arbeiterzug, der aber von den Arbeitern, die erst um 6 Uhr Feierabend haben, nicht erreicht werden kann. Um 6^{30} geht ein Arbeiterzug nach Pforzheim, den die in Durlach wohnenden Arbeiter benützen können. Mit 15—20 Minuten Verspätung gelangen sie in Durlach an. Der Bruchsaler Arbeiterzug folgt dann später, natürlich ebenfalls mit entsprechender Verspätung, es wird in der Regel 6^{50} bis 6^{55}. In früheren Kursen wurde ein Zug 6^{24} abgelassen, der wenigstens einigermaßen günstig war. So sehen also unsere „Reformen" aus. Bei Wahlen können hohe und höchste Herrschaften nicht genug ihre Arbeiterfreundlichkeit anpreisen, wenn es aber gilt, dieselbe in die Tat umzusetzen, heißt es immer und immer wieder: „Und sie verließen uns!" Diese Zustände werden erst beseitigt werden, wenn im Eisenbahnrat die Arbeiterschaft eine Vertretung hat. Alle andern Stände sind dort längst vertreten. Das ist auch ein Beweis dafür, wie wenig Rücksicht auf die Arbeiterinteressen genommen wird.

Deutsche Politik.

Unsere teuren Kolonien.

Dem Vorsitzenden der Budgetkommission hat der Reichsschatzsekretär eine Zusammenstellung der gesamten bisher für unsere Kolonien gemachten Ausgaben zugehen lassen. Hiernach haben unsere Schutzgebiete bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1906 in runden Zahlen erhalten: Ostafrika 91 Millionen, Kamerun $25^1/_2$, Togo nicht ganz 4, Südwestafrika 94, Neu-Guinea 7, die Inselgebiete $2^1/_2$, Samoa 1,4, Kiautschou 102 Millionen. Die genaue Gesamtsumme für alle Kolonien beträgt 227868000 Mark. Hierzu kommt noch der Betrag, den das Reich seinerzeit für die Abtretung der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln an Spanien bezahlt hat, in Höhe von 20 Millionen; sodann treten hinzu die Kosten für die Niederschlagung der Aufstände in Ostafrika mit $8^1/_2$ Millionen Mark und in Südwestafrika mit 640 Millionen Mark. Das sind im ganzen mehr als 890 Millionen Mark, und es wird nicht lange dauern, bis die erste Milliarde voll ist. Und der Gewinn? Der ist nicht der Rede wert! Was für Kulturzwecke hätte man mit diesen Hunderten von Millionen in Deutschland selbst fördern können!

Das Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten.

Das handelspolitische Abkommen sichert den Vereinigten Staaten zu, die dauernde Aufhebung der Untersuchung getrockneten und gedörrten Obstes, ferner die Handelsvertragstarife mit Belgien, Italien, Oesterreich, Rußland, Schweiz, Serbien und Rumänien für Getreide, Obst, Holz, Vieh, Fleisch außer Schweinespeck, Schmalz, Petroleum, Schiefer, Schmieröl, Häute, Leder, Sattlerwaren, Pappwaren, Papier, Tapeten, Glas, Eisenfabrikate namentlich für Eisenbahnen, Dampfmaschinen, Personenwagen, Uhren und Uhrenteile, Schlösser, mechanische Spielwerke. Dagegen ist die Meistbegünstigung nicht gewährt. Das Abkommen kann nach dem 31. Juni 1908 jederzeit gekündigt werden, worauf es nach einem halben Jahre abläuft.

Ein interessantes Zugeständnis

hat der Schatzsekretär des Reiches in der Budgetkommission des Reichstags gemacht: Die Fahrkartensteuer hat statt der erwarteten 24 Mill. Mark nur 12 Mill. Mark ergeben.

Im preußischen Hrrrenhaus hat Dr. v. Burgsdorf folgenden Antrag eingebracht: „Das Herrenhaus wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß die Fahrkartensteuer, welche den Verkehr besonders auf weite Strecken sehr belaste, möglichst bald wieder aufgehoben werde, zumal diese Steuer die preußischen Finanzen erheblich schädige und dem Reiche andere Steuerquellen zu Gebote stehen." Und das geschieht ein halbes Jahr nach Einführung der Steuer, sowie am Geburtstage der herrlichen preußischen Tarifreform vom 1. Mai! Aber das eine geht wieder einmal aus der Nachricht hervor: die „Erstklassigen" wehren sich gegen Belastungen viel kräftiger und rücksichtsloser als die große Masse.

Ein „versetzter" Zeugniszwangshäftling.

Genosse Paul Schlegel hat für den Fall, daß seine Haft aufrecht erhalten werden sollte, um seine „Versetzung" von Kulmbach nach Nürnberg nachgesucht. Dieses Gesuch ist nunmehr genehmigt worden. Am Sonntag bekommt Schlegel zur Wahrnehmung eines Termins einen zweitägigen Urlaub, er wird dann nicht mehr in das Reich Frohnauers zurückkehren, sondern in einem Nürnberger Gefängnis interniert werden.

Der Kulmbacher Gefängnisgeistliche hat Schlegel in seiner Zelle aufgesucht und sich längere Zeit mit ihm unterhalten, wobei er auch die Bemerkung machte, Schlegel besitze die Sympathie aller anständigen Menschen. Diese Bemerkung ist wohl die beißendste Kritik, die bisher an der Tat des Amtsrichters Frohnauer geübt wurde.

Ausland.

Schweiz.

Ein roter Großratspräsident. Am 2. Mai wählte der Basler Große Rat — die höchste Behörde des Kantons Baselstadt — unseren Genossen Krebs zum Präsidenten. Nachdem schon im Jahre 1904 Genosse Wullschleger Präsident der Regierung war, ist die Wahl eines Sozialdemokraten zum Großratspräsidenten nichts allzu auffälliges, verdient aber immerhin allgemeine Beachtung, weil sie ein Zeichen des steigenden Einflusses der Sozialdemokratie ist. Wer vor zehn Jahren prophezeit hätte, daß sich innerhalb eines Jahrzehnts Sozialdemokraten zu den höchsten Staats- und parlamentarischen Stellen emporschwingen würden, wäre in den eigenen Kreisen ausgelacht worden. Der neue Großratspräsident war Schriftsetzer, ist jetzt Buchdruckereibesitzer und präsidiert seit Jahren die sozialdemokratische Großratsfraktion. Bei etwa 100 anwesenden Ratsmitgliedern gaben ihm 69 die Stimme — die sozialdemokratische Fraktion zählt 35 Mitglieder — was zeigt, daß ein paar Dutzend Bürgerherzen von Bangigkeit vor dem roten Präsidenten ergriffen wurden. Aber es geht vorwärts, trotz Philistern, Zweiflern und Scharfmachern.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 6. Mai 1907.

(47. Sitzung.)

Präsident Graf Stolberg verliest ein Schreiben des Abgeordneten Kämpf des Inhalts, daß dieser sein Amt als Vizepräsident niederlege. Wie der Präsident hinzufügt, beabsichtige er die Wahl des zweiten Vizepräsidenten als ersten Gegenstand auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Auf der Tagesordnung stehen die Ergänzungs-Etats.

Staatssekretär Stengel erklärt, diese Etats bezögen sich einmal auf die Gewährung einmaliger außerordentlicher Beihilfen an Unterbeamte und mittlere Beamte und sodann seien sie nur der Niederschlag der Abänderungen, welche im Etat infolge der Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika erforderlich seien. Der Schatzsekretär legt dann dar, daß der sich ergebende Gesamt-Mehrbedarf unmöglich auf die Matrikularbeiträge übernommen werden könne, auf die Dauer. Den Einzelstaaten könne das nicht zugemutet werden. Deshalb bitte er dringend um Annahme des als Ergänzung zum Etatgesetz vorgeschlagenen § 7, wonach der Bedarf den ordentlichen Ausgaben im Etat pro 1909 hinzutreten soll.

Abg. Speck (Zentr.) begrüßt die Vorlage, aber es scheine ihm doch unzulässig, daß der Betrag von 23 Millionen an Beihilfen, der doch in diesem Jahre verbraucht werde, seine Deckung erst im Etat für 1909 finden solle. Deshalb beantrage er Verweisung an die Budgetkommission.

Schatzsekretär Stengel will auf die Bedenken des Vorredners in der Kommission näher eingehen. Jedenfalls sei es nicht richtig, daß die Deckung unter allen Umständen erst auf das Jahr 1909 übernommen werden soll.

Abg. v. Richthofen (kons.) ist mit der Verweisung an die Budget-Kommission einverstanden.

Abg. Wiemer (freis. Vp.) schließt sich der Anregung des Abgeordneten Singer gern an, daß auch die in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter Lohnerhöhung erhalten.

Abg. Semmler (natl.) hofft, daß die einmaligen Beihilfen möglichst bald in eine dauernde Gehaltszulage umgewandelt werden. In Bezug auf § 7 behalte sich seine Partei ihre Entschließung vor.

Hierauf geht die Vorlage an die Budget-Kommission. Sodann wird die Beratung des Kolonial-Etats und zwar derjenige von Kamerun fortgesetzt.

Abg. Kopsch (freis. Vp.) erklärt, was den Prozeß Puttkamer anlange, so müsse er zunächst seinem Erstaunen Ausdruck geben darüber, daß der Verteidiger Sello sich in so taktischer Weise über den Reichstag geäußert habe. Hier handle es sich nicht mehr um die Person von Puttkamer, sondern darum, daß der Glaube im Volke erschüttert werde, daß wir in einem Rechtsstaate leben und daß es noch Richter im Reiche gibt. (Beifall.)

Abg. Bebel nimmt Bezug auf das soeben bekannt gewordene Schreiben der Frau von Germer.

Kolonial-Direktor Dernburg erwidert, er habe a[illegible] ordnet, daß der untersuchende Richter gehört werde. [illegible] gibt aber zu, daß die Sache jetzt erneut in ein Sta[illegible] gelangt sei, wo eine neue nähere Untersuchung [illegible] seiten der Verwaltung erfolgen müsse.

Abg. Erzberger (Zentr.) empfiehlt dringend [illegible] Resolution betreffend Erschwerung der Schnaps-Ein[illegible] nach Kamerun wie überhaupt nach unseren Kolo[illegible] durch hohe Spirituszölle.

Kolonial-Direktor Dernburg erklärt, in der Alk[illegible] frage sei man hier wohl einig. Die Schwierigkeit [illegible] daran, daß man gewissenlose Leute leider nicht habe [illegible] dern können, einzuführen, was sie einführen wo[illegible] Man jage sich nur die Zolleinnahmen aus der eig[illegible] Tasche, denn der Alkohol komme doch herein. Wenn [illegible] ihn zur See nicht zulasse, komme er über die Bin[illegible] grenze.

Damit ist der Titel Kamerun erledigt.

Bei dem Kapitel Togo findet keine Debatte statt.

Bei dem Etat für die Marianne und Karoli[illegible] kommt

Kolonial-Direktor Dernburg auf die frühere Anreg[illegible] des Abg. Müller-Meiningen zurück, Justiz und Ver[illegible] tung zu trennen. An und für sich sei dem zuzustimm[illegible] Wie schwierig es sei, Justiz und Verwaltung in e[illegible] Person zu vereinigen in jenen Gegenden, zeige sich [illegible] dem Fall des Landeshauptmanns Brandeis. Es sei [illegible] selben zum Vorwurf gemacht worden, Prügelstrafen [illegible] hängt zu haben. An sich sei das allerdings gesetzwi[illegible] gewesen, aber Brandeis habe in dem betreffenden F[illegible] zweckmäßig gehandelt. Verhehlen dürfe man sich übrig[illegible] nicht, daß die Trennung von Justiz und Verwaltung [illegible] erheblichen Kosten verknüpft sein würde.

Eine weitere Debatte entsteht beim Kolonial-E[illegible] nicht.

Es folgt der Etat der Reichseisenbahnen. Die K[illegible] mission beantragt Genehmigung und empfiehlt Ue[illegible] weisung einer langen Reihe von Petitionen von Beam[illegible] um Gehaltsaufbesserung als Material.

Abg. Will-Straßburg (Zentr.) beklagt, daß die [illegible] ring besoldeten Unterbeamten der Reichs-Eisenbahn [illegible] auch einmalige Beihilfen erhielten und bringt we[illegible] Beamtenwünsche vor.

Minister Breitenbach sagt wohlwollende Prüfung [illegible]

Abg. Böhle (Soz.) klagt über Beeinträchtigung [illegible] Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter (Verbot, [illegible] einem Verbande anzuschließen) ungenügende Berücksi[illegible] gung der Arbeiter-Ausschüsse und dergleichen mehr.

Minister Breitenbach erklärt, meine Stellungna[illegible] gegenüber den Reichs-Eisenbahnen und ihren Arbeit[illegible] ist unanfechtbar und hält jede Kritik aus. Die Beam[illegible] sind durch Treueid und die Arbeiter durch ihren Ver[illegible] gebunden, sich ordnungsfeindlichen Bestrebungen fern[illegible] halten. Tun sie das nicht, so wird ihnen eben gekün[illegible]

Bei den Einnahmen stellt der Referent Schwa[illegible] fest, die Kommission habe von einer Erhöhung des [illegible] nahme-Ansatzes Abstand genommen, weil ein Abflauen [illegible] der Konjunktur und der Eisen-Industrie zu erwarten [illegible]

Damit ist der Etat des Reichs-Eisenbahnamtes [illegible] ledigt.

Es folgt um 6½ Uhr der Marine-Etat. Nach fast [illegible] batteloser Erledigung einiger Kapitel beantragt

Abg. Bebel (Soz.) Vertagung. Der Antrag fi[illegible] jedoch nicht die erforderliche Unterstützung.

Abg. Zubeil (Soz.) übt sehr ausgedehnte Kritik [illegible] dem Arbeitsverhältnis auf den Werften.

Geh. Admiralitätsrat Harms tritt dem Vorreb[illegible] entgegen.

Abg. Mommsen (freis. Vg.) meint, es ist Tatsache, [illegible] die Löhne in Danzig gestiegen sind, allerdings haben [illegible] noch immer nicht die Höhe der Löhne auf der Werft [illegible] Kiel erreicht.

Weiter sprechen noch Abg. Spahn (Ztr.) und Sta[illegible] sekretär Tirpitz. Letzterer erklärt bei Besprechung [illegible] Lohnfragen und Teuerungs-Zulagen, die Marine-Verw[illegible] tung müsse jeden Taler in der Hand umdrehen.

Die Verhandlung schließt, ohne einen Beschluß [illegible] fassen.

Morgen 1 Uhr Wahl des Vizepräsidenten, deut[illegible] amerikanisches Handels-Provisorium und Marine-Etat.

Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

An die Parteiorganisationen!

Mit Ende Juni dieses Jahres erreicht der er[illegible] Kursus der Parteischule seinen Schluß. Die Resulta[illegible] die bis jetzt erlangt wurden, sind sehr befriedigende.

Für den neuen Kursus, der am 1. Oktober ds. J[illegible] beginnen und Ende März 1908 endigen soll, bitten [illegible] die Anmeldungen spätestens bis zum 10. Juni zu bewe[illegible] stelligen und wollen danach die Landes- und Bezirk[illegible] organisationen ihre Vorkehrungen treffen.

Jeder der Aufnahmesuchenden hat einen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf einzureichen, den die zuständige Organisationen mit ihrem eigenen Gutachten an [illegible] einsenden wollen. Wünschbar ist, daß diesesmal au[illegible]

Von der Mannheimer Gartenbau-Ausstellung.

Nun haben wir die langersehnte Eröffnung unserer Gartenbau-Ausstellung glücklich hinter uns. Der Himmel hatte noch ein Einsehen und das Wetter war verhältnismäßig noch recht günstig und der 2. Mai wäre ein viel unfreundlicherer Tag gewesen. Es will absolut in diesem Jahre nicht Frühling werden und ein eisiger Wind durchzieht die Straßen unserer Stadt. Bei solchem Wetter kann man nichts besseres tun, als sich in die Blumenhallen unserer Ausstellung flüchten; dort stehen die Lieblinge Floras geschützt gegen die Unbill der Temperatur und es ist eine Wonne, in diesen mit Tausenden von duftenden Blumen geschmückten Räumen zu verweilen. Die weite Anlage ist paradiesisch schön und die ganze Raumeinteilung ist mit wirklich großem Glück und mit künstlerischem Verständnis geschehen. Wohin sich auch das Auge wendet, nirgends erblickt es eine leere oder vernachlässigte Stelle. Ein ganzes Meer von Grün leuchtet dem entzückten Auge überall entgegen und wunderbare Farbenflächen heben sich aus dieser herrlichen Umrahmung überall ab.

Wer die erste Halle, welche sich rechtwinklig an die Industriehalle anschließt, zum erstenmale betritt, der wird durch die vielen Palmenarten gefesselt werden. Es sind große und kleine Arten von Fieder- und Fächerpalmen, und da diese herrlichen, sagenumwobenen Gewächse aus den fernen Tropenländern die Freude eines jeden sinnigen Naturbeobachters bilden, so verweilt man gern in diesen Räumen und freut sich, daß man eine so günstige Gelegenheit hat, die verschiedenen Palmenarten genau kennen zu lernen. Die Palmen bilden wohl die edelste Familie im ganzen, unermeßlichen Pflanzenreich. Sie bewohnen fast ausschließlich die Tropenländer und finden sich demgemäß in Asien, Afrika, Amerika und Australien. Die Palmenhaine, welche der Reisende an der Riviera findet, wurden alle von Menschen gepflanzt und es sind keine natürlichen Standorte.

Die Gunst der dortigen Temperaturverhältnisse erlaubt es, Palmen im freien Land zu ziehen und sie gedeihen in dem milden Klima des mittelländischen Meeres sehr gut, setzen Blüten an und reifen sogar ihre Früchte in besonders günstigen Jahren aus. Nur die Zwergpalme, welche die Felsen von Gibraltar schmückt, soll dort wirklich einen echten Standort haben. Viele Botaniker behaupten aber, daß sie auch dort von Menschenhand gepflanzt worden sei. Alte Palmen haben einen einfachen Stamm, der sich niemals in Aeste teilt. Schuppenartige Gebilde, die Reste der abgestorbenen Blätter oder Wedel, bedecken denselben. Der Stamm bleibt verhältnismäßig dünn, erreicht aber eine ganz bedeutende Höhe. An der Spitze dieses schönen, schlanken Stammes breiten sich nun die fächerförmigen oder gefiederten Blätter aus und es gibt keinen herrlicheren Anblick, als dieses leuchtende, glänzende Grün und das tiefe Blau des fast immer wolkenlosen Himmels. Manche Arten haben Blätter von fünf Meter Länge und die Breite der großen Fächerpalmen reichen aus, um mit wenig Exemplaren eine Hütte zu bedecken. Die Blüten sind unscheinbar und klein. Sie kommen in rispenförmigen Kolben, oft über drei Meter lang, aus dem Blattschopf oder aus den Blattwinkeln hervor und gleichen in ihrer Form selbst einem ästigen Strauch oder bei einigen Arten einem kleinen Baume. Viele Palmen bringen nur eine einzige, andere mehrere solcher ungeheuer großen Blütenstände hervor und die Zahl der einzelnen, kleinen Blüten ist ungeheuer groß. Diese Rispen stehen bei manchen Arten aufrecht, bei anderen hängen sie wie große Trauben senkrecht nach unten und überragen sich ganz rhytmisch beim Wehen des Windes. Im jugendlichen Zustand sind sie mit einer häutigen Scheide umgeben. Die einzelnen Blüten sind nach dem Typus der Lilianen gebaut. Es finden sich immer 3 oder 6 Staubgefäße, manchmal auch ein vielfaches dieser Grundzahlen. Sie sind getrennten Geschlechts, so daß ein Baum nur männliche, ein anderer nur weibliche Blüten hervorbringt.

Die Zahl der einzelnen Blüten ist, wie wir weiter oben schon erwähnt haben, sehr groß. Bei einer Palme in Peru hat man schon 60 000 männliche Blüten gezählt. Diese herrlichen Gewächse werden bei uns ihrer königlichen Gestalt wegen in allen großen Gärtnereien und in den fürstlichen Gewächshäusern gezogen. In ihrer Heimat werden sie aber ihrer süßen und nahrhaften Früchte wegen kultiviert und eine Art, die Dattelpflaumen, sind ja bei uns ein gern gegessenes Obst geworden. Sie haben für unseren Geschmack nur einen zu großen Zuckergehalt; unsere einheimischen Obstarten haben ja alle die Pflanzensäure und niemand wird gerne lange Zeit Datteln essen, obgleich es ja ganz köstliche Früchte sind.. Fast alle Palmen bringen genießbare Früchte hervor. Sie sind beerenartig, wie bei der Dattelpalme, oder nußartig, wie bei der Kokospalme und manche haben schuppige Zapfen, die mit unseren Tannenzapfen eine entfernte Aehnlichkeit haben. Die Größe ist sehr verschieden. Manche sind nicht einmal so groß als unsere Kirschen, bei manchen Arten erreicht die Frucht die Größe eines ansehnlichen Kürbisses, sodaß ein Mann kaum imstande ist, eine solche Riesenfrucht zu heben. Da ist es nicht ratsam, sich in den Schatten eines solchen Palmenhaines zu legen und die bekannte Parabel von der Eichel und dem Kürbis würde sicher ein schlimmeres Erlebnis mitzuteilen haben, als dort. Lange Zeit hat man geglaubt, daß die Wissenschaft alle Palmenarten kenne. Allein in den letzten Jahren hat man in Brasilien allein 161 neue Arten entdeckt und jede wissenschaftliche Expedition bringt neue Arten zur Kenntnis.

In einem weiteren Artikel werden wir unseren Lesern die blühenden Gewächse der Blumenhallen schildern und wir möchten jedermann raten, die Ausstellung bald zu besuchen, die leuchtenden Blütenfarben verblassen nach und nach etwas und am 8. Mai wird der ganze Frühjahrsflor verschwinden, um neuen Arten Platz zu machen. Also auf nach Mannheim in die prachtvolle Ausstellung!

Humoristisches.

Neulich kam ich in eine Irrenanstalt — um sie zu besichtigen. Der Direktor führte mich herum. So gelangten wir in eine Zelle; drin saß ein Mann, der hielt eine Holzpuppe im Arm und herzte und küßte sie, indem er sie liebevoll betrachtete. „Der Mann," sagte mir leise der Direktor, „liebte ein Mädchen, das ihn verschmähte und einen anderen heiratete. Darüber wurde er verrückt. In seinem Wahn hält er die Puppe für seine Geliebte und ist selig, sie zu besitzen." Wir gingen weiter. Die nächste Zelle war ganz ausgepolstert. Drin lief mit den Gebärden eines Tobsüchtigen ein Mann unaufhörlich mit dem Kopf gegen die Wand. „Das ist der andere," sagte der Direktor.

*

Totengräber. „Jetzt heißt's Platz schaffen. In unserem Dorf hat sich ein zweiter Arzt niedergelassen."

*

Ein Gegner des Impfzwanges. „Ich halte nichts von der Impferei. Ein Kavalier muß normalerweise schon so durchseucht sein, daß ihm das bißchen Pockengift nichts mehr anhaben kann." (Simpl.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angekündigten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beziehen. Es wird alles prompt ins Haus geliefert; Bestellungen von auswärts wird gebeten, das Porto nicht zu vergessen.)

Die Sozialistischen Monatshefte haben soeben das Maiheft ihres 18. Jahrganges erscheinen lassen. Es ist dem Andenken Ignaz Auers gewidmet, dessen Persönlichkeit und Bedeutung in einer Reihe von Artikeln und Rundschaurubriken von Schippel, Bernstein, Robert Schmidt, Kampffmeyer, Bloch und Deinhardt behandelt wird. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eduard Bernstein: Ignaz Auer, der Führer, Freund und Berater. — Max Schippel: Ueber das Wirken Auers beim Ablauf des Sozialistengesetzes. — Robert Schmidt: Quer durch die Gewerkschaften. — Arbeitersekretär Johannes Heiden: Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur sozialpolitischen Gesetzgebung. Auch ein Nachwort zu den Reichstagswahlen. — Dr. August Müller: Wann wird die Sozialdemokratie das Agrarproblem in Angriff nehmen? — Richard Calwer: Kartelle und Sozialdemokratie. — Morris Hillquit: Die gegenwärtige Lage des amerikanischen Gewerkschaftswesens. — Hugo Pötzsch: Trinkgeld und Lohn.

Parteigenossen mit in Vorschlag kommen, die bereits in Parteistellungen sich befinden. Die Parteikasse übernimmt wie bisher die Unterhaltung von 30 Schülern.

Wir machen ferner den Parteiorganisationen und Preßkommissionen die Mitteilung, daß unter den Schülern, die Ende Juni die Parteischule verlassen, sich noch eine Anzahl befindet, die bereit und befähigt ist, die Stelle eines zweiten oder dritten Redakteurs, eines Partei- oder Arbeitersekretärs usw. zu übernehmen. Meldungen bitten wir unter der Adresse

Wilhelm Pfannkuch
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

an uns zu richten.

Berlin, 7. Mai 1907.

Der Parteivorstand.

Durlach, 7. Mai. Die Parteigenossen machen wir auch an dieser Stelle auf die heute Abend halb 9 Uhr in unserem vergrößerten Vereinslokal stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Da der Bericht vom badischen Parteitag erstattet wird, ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen.

Achern. Die am Sonntag vom Gewerkschaftskartell und Wahlverein arrangierte Maifeier verlief sehr gut. Etwa 120 Personen beteiligten sich an dem Ausflug nach Kappelrodeck, von wo wir dann nach einem unterhaltenden Zusammensein um 7 Uhr wieder nach Achern ins Lokal zurückmarschierten. Wir wollen hoffen, daß wir nächstes Jahr, nach dem Erfolg vom Sonntag, noch eine schönere Maifeier abhalten können.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In Erfurt legten ca. 2000 Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit nieder.

In Leipzig steht die Beendigung des Kampfes in der Holzindustrie bevor. Die gegenseitigen Verhandlungen dauern fort.

Mit der Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe haben sich am Sonntag die Maurer, Zimmerer und die Bauhilfsarbeiter beschäftigt. In allen Versammlungen wurde nach lebhaften Auseinandersetzungen der sofortige Streik abgelehnt, dagegen herrschte in allen Versammlungen die Ueberzeugung, daß zur siegreichen Durchführung der Forderungen ein einheitliches Vorgehen aller beteiligten Organisationen notwendig ist.

Zum Malerstreik in Basel. Der Streik der Maler in Basel dauert unverzüglich fort; die letzten Verhandlungen vom 22. April sind gescheitert. Wir ersuchen unsere Kollegen, den Platz Basel strengstens zu meiden.

Die Kommission der Sektion der Maler in Basel.

Soziale Rundschau.

Einen bemerkenswerten Versuch zur Hebung der Säuglingspflege macht in München-Gladbach die große Baumwollspinnerei Paul M. Busch. Sie hat die Einrichtung getroffen, daß alle bei ihr beschäftigten Frauen im Falle ihrer Niederkunft besondere Vergünstigungen erhalten, und zwar nach Bezug des sechswöchigen Krankengeldes für weiter drei Monate täglich 2 Mk. oder für weitere sechs Monate täglich 1,25 Mk. Die Vergünstigung tritt ein, wenn die Frauen sich verpflichten, in dem betreffenden Zeitraum nicht zu arbeiten, sondern zu Hause ihr Kind selbst zu pflegen und nach Möglichkeit auch selbst zu stillen.

Badische Chronik.

Pforzheim.

6. Mai.

Gewerbegerichtswahl.

Bei der heute stattgefundenen Gewerbegerichtswahl bekam der Wahlzettel des Gewerkschaftskartells in der Abteilung für die Bijouterieindustrie 883, für das Handwerk 804 Stimmen. Da eine Gegenliste nicht vorlag, war die Wahlbeteiligung keine sehr starke. Immerhin sind gegen die letzte Wahl etwa 600 Stimmen mehr abgegeben worden.

Der Zettel der Arbeitgeber für die Bijouterie erhielt 75, der für das Handwerk 73 Stimmen. Ein von unserer Seite aufgestellter Stimmzettel für Arbeitgeber im Handwerk erhielt 56 Stimmen. Es fehlte demnach nicht viel, und die Hälfte der Arbeitgeber-Gewerbegerichts-Beisitzer wären für 5 Jahre Sozialdemokraten gewesen. Durch einen Schnitzer der Handwerker fällt einer der von ihnen aufgestellten Ersatzmänner, weil nicht mehr Arbeitgeber, fort. Statt seiner ist danach der auf unserem Zettel an erster Stelle verzeichnete Ersatzmann als solcher gewählt. Die Amtsdauer der Gewählten ist nach dem neuen Ortsstatut nunmehr 5 Jahre.

Die Herren „Christlichen" haben also genügend Zeit, bei ihrer politischen Vertretung, der Zentrumsfraktion, dahin vorstellig zu werden, daß die Verhältniswahlen für die Gewerbegerichtswahlen obligatorisch eingeführt werden.

Offenburg, 7. Mai. Der Vortrag über das Frauenstimmrecht, über den der Volksfreund, als er in Karlsruhe gehalten wurde, ausführlich berichtete, hat hier wenig Zuhörer resp. Zuhörerinnen gefunden. Der Alte Offenburger gibt den Inhalt des Vortrages wieder und sagt zum Schluß mit Recht: „Schade für den guten Vortrag bei so minimalem Besuch; die Besprechung in den Kaffee-Visiten hätte doch das breite Toiletten- und Dienstboten-thema auf kurze Zeit verdrängen können."

* **Oberharmersbach**, 6. Mai. Der 63 Jahre alte Schlossermeister Ambros Haag erhängte sich, wie es heißt, infolge zerrütteter Vermögensverhältnisse.

* **Donaueschingen**, 6. Mai. Das Hochwasser der Donau überschwemmte bei Pfohren ein großes Gebiet.

Lörrach, 4. Mai. Die hiesigen Milchkonsumenten wurden von ihren Lieferanten insofern überrascht, indem vom 1. Mai ab der Liter Milch um 2 Pfennig aufgeschlagen hat.

* **Vom Bodensee**, 6. Mai. Bei Rorschach ereignete sich ein schweres Bootsunglück. Ein Segelboot kenterte und 4 von 5 Insassen fanden den Tod in den Fluten. — Nach den bisherigen Ermittelungen sind die Namen der Ertrunkenen Peter Rehan aus Bayern, Marie Amlog aus Lörrach, Marie Simon aus Lörrach und Emilie Coutelier, deren Herkunftsort noch unbekannt ist.

— Im See fing ein Nonnenhorner Fischer einen Weller, der das respektable Gewicht von einem Zentner hatte.

* **Mannheim**, 6. Mai. Am hiesigen Platze wurden im Monat April aus dem Verkauf von Kilometerheften 184 700 Mk. erlöst.

— Heute Nacht wurde ein Dienstmädchen auf einer Bank der Rheinpromenade tot aufgefunden. Dasselbe hatte sich verblutet. Ein Zimmergeselle wurde unter dem Verdachte verhaftet, an dem Mädchen, das seine Geliebte sein soll, verbotene Manipulationen vorgenommen zu haben. Es befand sich in anderen Umständen.

— Vorgestern geriet in einem Fabrikanwesen in Neckarau der 17 Jahre alte Taglöhner Franz Baro von Ketsch durch eigene Unvorsichtigkeit in das Getriebe einer Maschine, die er reinigen wollte. Kopf und Oberkörper wurden vollständig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Gemeindezeitung.

Durlach, 3 Mai. Wie wir hören, soll hier ein Konsortium zum Bau von Arbeiterwohnhäusern in Bildung begriffen sein. Wenn schon die Gemeindeverwaltung sich nicht mit dem Bau von Wohnungen befassen will, wie Bürgermeister Dr. Reichardt in der letzten Bürgerausschußsitzung erklärte, wäre doch jedenfalls die Bildung eines gemeinnützigen Bau- und Mietervereins, ähnlich wie in Karlsruhe, der beste Weg zur Inangriffnahme einer solchen Aufgabe. Ja, wenn die Stadtgemeinde zu diesem Zwecke Gelände im Erbbaurecht oder sonst zu billigem Preise hergibt, haben die Arbeiter als zahlreichste Kategorie städtischer Steuerzahler geradezu ein Recht, in dieser Frage mitzusprechen, und wir würden es nicht verstehen, wenn man die ganze Sache einfach einem Konsortium von Interessenten überlassen würde. Es kommen dabei so viele Momente hygienischer und anderer Art in Betracht, daß wir uns auch von einem etwa vorbehaltenen Aufsichtsrecht des Gemeinderats nicht viel versprechen können. Bei Gründung eines solchen Mieter- und Bauvereins würde sich aber auch die Beschaffung von Baugeldern besonders aus den Mitteln der Invaliditätsversicherung leichter gestalten lassen.

Muggensturm, 3. Mai. Einem Artikel von der Art, wie er in Nr. 98 d. Bl. erschienen, sollte man eigentlich keine Beachtung schenken und werde es auch in Hinkunft einhalten. Denn dem Artikler ist es bei seiner weisen Wichtigtuerei nicht darum zu tun, das glaubliche Recht zu suchen, sondern bloß instinktiv den Bürgermeister zu provozieren.

Zur Aufklärung sei angeführt, daß es sich in diesem Falle um zwei nach beendigter Uebung bei der Gemeindebehörde geltend gemachte Familienunterstützungen handelt, die ja richtigerweise auch vor wie während der Uebung hätten beansprucht werden können. In jedem Falle ist aber vor der Auszahlung von der Gemeindebehörde dem Lieferungsverband (Bezirksamt) die Empfangsbescheinigung behufs Festsetzung und Anweisung des Betrages mit tunlichster Beschleunigung vorzulegen, was auch pünktlich geschehen ist. (Die Verzögerung ist auf nötig gewordene Erkundigungen von seiten des Lieferungsverbandes bei gr. Eisenbahnwerkstätte-Verwaltung zurückzuführen.) Es trifft somit die hiesige Gemeindebehörde keine Schuld und wenn der Artikler dem Recht hätte eigentlich auf den Grund gehen wollen, so hätte er die beiden Reklamanten aufklären müssen, den vorschriftsmäßigen Beschwerdeweg anzutreten.

Mit Verachtung weise ich die grundlose Behauptung zurück, daß der Bürgermeister keinen Tropfen sozialen Balsam für die hiesige Arbeiterbevölkerung inne habe. Wenn dies wirklich der Fall wäre, würde er gewiß nicht sämtliche Sitzungen abends 8 Uhr abhalten und tagtäglich von 8 Uhr an noch 1 bis 2 Stunden auf dem Rathause sein. Der Bürgermeister.

Vom Murgtal, 6. Mai. In der glücklichen Lage, keine Umlage erheben zu müssen, befinden sich nicht weniger als 12 Gemeinden des Amtsbezirks Rastatt.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 7. Mai.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

In den hiesigen Tageszeitungen stand am Samstag wieder eine Erklärung, die sich mit meinen Ausführungen in der Donnerstags-Nummer des Volksfreund beschäftigte.

Es heißt darin, daß das Persönliche im Volksfreund gegen Herrn Oberle besser unterblieben wäre, denn er hätte durchaus im Sinne der Majorität des Kassenverbandes gehandelt.

Nun, Herr Oberle hat gar nicht gehandelt, sondern wer gehandelt hat, geht aus den jetzigen Ausführungen ganz genau hervor. Es wäre der Sache weit dienlicher und zweckmäßiger, wenn sich der betreffende Herr Artikelschreiber etwas mehr zurückhalten und nicht noch den Anlaß dazu geben würde, Herrn Oberle in eine solche fatale Lage zu bringen.

Ueber den Rabattsatz der Medikamente aus den hiesigen Apotheken verliere ich kein Wort mehr, denn es haben noch keine Verhandlungen stattgefunden mit den Herren Apothekern und kann deshalb vorher auch nichts bestimmtes behauptet werden.

Bei den am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen mit dem Aerzteverein erklärte der Vorsitzende der Vertragskommission, Herr Dr. Bongartz, wenn auch die freie Aerztewahl nicht eingeführt würde, seien die Aerzte auf die Dauer nicht mehr gewillt, unter dem Satze der hiesigen Aerztegebührenordnung für die Kassen tätig zu sein. Daß eine Verständigung zwischen Aerzten und A. O.-K. ohne Verband zu denselben Bedingungen, wie sie der Verband unter der freien Aerztewahl erhält, möglich ist, hat die Sitzung zur Genüge bewiesen.

Um zu beweisen, daß Verträge mit Krankenhäusern durch Zusammenschluß der Krankenkassen günstiger für die Krankenkassen ausfallen, wird Mannheim angeführt. Dort hätten sich die Vorstände der verschiedenen Kassen zusammengeschlossen, um gemeinsame Abmachungen mit den Krankenhäusern zu erzielen.

Daß in Mannheim gerade auf dem Gebiete der Krankenhausverpflegung und Krankenhauskosten ganz andere Verhältnisse herrschen, wie hier, und die Vorstände durch die Festsetzung der Verpflegungssätze in verschiedener Höhe zu diesem Vorgehen sich zusammenfanden, verschweigt der Schreiber. Uebrigens kann dieses Abschließen von Verträgen mit Krankenhäusern zu möglichst günstigen Sätzen auch später ohne Verband und doch von den gesamten Kassen wie in Mannheim, auch hier durchgeführt werden, wenn es einmal nötig wird.

Daß die Mißstände in der hiesigen ambulatorischen Klinik zugegeben werden, ist bezeichnend, während auf der anderen Seite gesagt wird, die Versicherten könnten hier noch froh sein, eine solche Klinik zu besitzen, in Berlin z. B. wären dieselben noch bedeutend schlechter eingerichtet. Wir sind aber doch nicht in Berlin, sondern in Karlsruhe, und die Beschwerden der Versicherten über diese Mißstände reichen jahrelang zurück, ohne daß Abhilfe geschaffen wurde.

Ueber die Umlegung der Verwaltungskosten auf die einzelnen Kassen haben wir unsere Ansicht, und wir haben es noch nicht für notwendig befunden, dieselbe zu ändern. Insbesondere auch darum nicht, weil sogar in den Ausführungen des Herrn Kiby an die Generalversammlungsvertreter hervorgehoben wird, daß die große A. O.-K. den kleinen, dem Verband angeschlossenen Kassen helfend unter die Arme greifen müsse, und wenn die A. O.-K. aus dem Verbande austrete, würden diese der Unterstützung der größeren Kasse beraubt und könnten ihren Verwaltungsaufwand nicht mehr selbst bestreiten.

Es ist einfach unverständlich, wenn hier behauptet wird, wir müßten aus sozialen Gründen schon die kleinen Kassen unterstützen, während in dem Artikel vom Samstag behauptet wird, die A. O.-K. hätte pro Kopf der Versicherten gegenüber der Dienstbotenkasse an Verwaltungskosten noch 20 Prozent zu wenig bezahlt. In Wirklichkeit bezahlte die A. O.-K. pro Kopf und Mitglied im Jahre 1906 an Verwaltungskosten 1,25 Mk., die Dienstbotenkasse pro Kopf nur 66 Pfg. O welche Logik!

Warum sorgt denn der Artikelschreiber resp. die Arbeitgebervertreter nicht dafür, daß diese kleinen Kassen sich auflösen und sich mit der A. O.-K. verschmelzen? Diese Verschmelzung resp. Zentralisierung der gesamten hiesigen Ortskrankenkassen haben die Vertreter der Versicherten schon vor einigen Jahren propagiert. Wenn immer von Dezentralisation gesprochen und geschrieben wird, hier würde der Hebel anzusetzen sein für Zentralisation. Dann würde viel Arbeit, Zeit und Geld gespart. Die Verwaltung würde bedeutend vereinfacht werden können und die Versicherten hätten die Vorteile davon. Aber die Herren wollen dies nicht. Sie können sich ja den Luxus erlauben, auf Kosten der Allgem. Ortskrankenkasse eine „eigene" O.-K.-Kasse zu halten. Und da sollen wir aus sozialen Gründen dafür eintreten? Nein, die Zeiten sind vorüber, die Versicherten verlangen das ihnen vom Gesetzgeber gegebene Recht.

Was die Beamtenfrage anbetrifft, so kann es uns egal sein, ob dem Artikelschreiber die gemachte Aufstellung maßgebend ist. Uns ist sie darum nichts weniger als maßgebend.

Wenn nun zum Schluß noch auf die Gründung von Innungs- und Betriebskrankenkassen angespielt wird, so ist denn doch zu bemerken, daß hier die Arbeiterschaft auch noch ein Wörtchen mitzureden hat. Es geht dies in anderen Gewerben denn doch nicht so einfach wie im Friseurgewerbe. Hier werden die Verfügungen des Ministeriums des Innern und des K.-V.-Gesetzes bis zur letzten Konsequenz anzuwenden sein, sollten sich wirklich solche, die Arbeiterschaft schädigende Auswüchse einstellen. Auch mancher Betriebsinhaber wird es sich noch hundertmal überlegen, ob er sich eine solche Last auf den Hals laden will.

Zuguterletzt meint der Artikelschreiber, der Verbandsvorstand habe die Rechte der Herren Beamten zu wahren, und aus diesem Grunde müsse der Verband selbst die nötigen Schritte einleiten zur Sicherstellung der Rechte der Beamten, Versorgungsansprüche usw.

Wenn von dem Artikelschreiber die Glaubwürdigkeit für die „Aufstellung" der Verwaltung so voll und ganz anerkannt wird, so kommt von den bis jetzt vom Verband angestellten Beamten keiner in die Verlegenheit, wegen seiner beim Verband erworbenen Rechte den Klageweg zu beschreiten, denn diese Beamten braucht die A. O.-K. für sich, auch der Verbandsvorstand wird nicht in die Lage kommen, für die Beamten Schritte tun zu müssen, damit dieselben zu ihrem Rechte kommen. Diese schlotternde Angst der Herren Beamten vor der Selbständigkeit der Allgem. Ortskrankenkasse grenzt fast ans Lächerliche. Hat denn jemals ein Vertreter der Arbeitnehmer gegen eine gerechte Forderung oder gegen eine Besserstellung der Beamten gesprochen oder gewirkt? Nein, im Gegenteil, gerade diese Vertreter verurteilen schon seit Jahren das Lehrlingsunwesen und die schlechte Bezahlung dieser jungen Leute. Aber leider waren diese Vertreter bis jetzt ohnmächtig, hierin Wandel zu schaffen, da der Verbandsvorstand durch einen Beschluß festgelegt hat, die Anstellung der jungen Leute dem Herrn Direktor zu übertragen.

Was sollen denn all die Anspielungen und Drohungen des Verbandes gegenüber der A. O.-K. bedeuten? Der § 10 des Verbandsstatuts sagt ausdrücklich, **daß es jeder Kasse freisteht, am 1. Juli jeden Jahres auf Schluß des Kalenderjahres zu kündigen, und ist die Kasse nur noch für den Verwaltungsaufwand haftbar, der in diesem halben Jahre entsteht.** Wo steht im Verbandsstatut auch nur eine Silbe von Haftbarkeit gegenüber den Beamten? Das hat man offenbar bei Annahme des Beamtenstatuts vergessen.

Aber, wie schon oft betont, es ist gar nicht die Absicht der Arbeitnehmer, die Beamten auch nur in irgend einer Beziehung zu schädigen. Darum wäre es meines Erachtens klüger und besser, wenn gerade von dieser Seite die unnötige Kampfesweise nicht fortgesetzt würde. W. Hof.

Mutterschaftsversicherung.

Um bedürftigen Wöchnerinnen vor, während und nach der Geburt finanziell beizustehen, hat sich gestern ein Verein Mutterschaftsversicherung gebildet. Eine Anzahl Damen und Herren aller Bevölkerungskreise fanden sich auf Einladung im Café Tannhäuser ein, um zu erörtern, in welcher Weise das oben skizzierte Ziel erreicht werden kann. Herr Dr. med. Alfons Fischer hielt das einleitende Referat. Er wies auf die zwingende Notwendigkeit des Schutzes der Wöchnerinnen hin. Die meisten Unterleibskrankheiten der Frauen der arbeitenden Klasse rührten davon her, daß sie sich während und nach der Geburt eines Kindes nicht genug schonen könnten. Dr. Fischer erörterte ausführlich die einzuschlagenden Wege. Die Mutterschaftsversicherung solle vor allem jenen Arbeiterfrauen zugute kommen, die nicht in der Fabrik arbeiten, gleichwohl aber finanzieller Beihilfe bedürfen, um sich die nötige körperliche Schonung gönnen zu können.

An der Diskussion beteiligten sich viele der anwesenden Damen und Herren. Schließlich wurde ein Vorstand gewählt, der sich wie folgt zusammensetzt: Prof. Dr. Zwiedineck 1., prakt. Arzt Dr. Fischer 2. Vors., Stadtpfarrer Jäger 1., Eisenbahnangestellter Täschner 2. Schriftführer, Frau Baurat Fuchs 1., Frau Privatiere Mombert 2. Kassiererin, Geistl. Rat Knörtzer, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Haas, Redakteur Weißmann, Frau Oberschulrat Rebmann, Gewerkschaftskartellvorsitzender Wolf, prakt. Arzt Dr. Paul, Schneiders-Ehefrau Dompsch und Frau Schnurrmann als Beisitzer.

Dem Vorstand obliegt die Aufgabe, für die Mutterschaftsversicherung Propaganda zu machen und für die Herbeischaffung der nötigen Gelder zu sorgen.

---

* **Großh. Hoftheater.** Die heutige Vorstellung „Lakme" zu Ehren der Anwesenheit des deutschen Kaisers beginnt um 7 Uhr.

* **Der Gesangverein Badenia** veranstaltet am Donnerstag Morgen einen Ausflug nach Kuppenheim—Schloß Favorite—Gernsbach. Abfahrt 8.17 Uhr.

* **Die Personentarifreform** hat auch für Radfahrer Vorteile gebracht. Nach dem neuen Gepäcktarif werden unverpackte einsitzige Fahrräder auf Entfernungen bis zu 100 Kilometer auf Fahrradkarte zur Taxe von 20 Pfg. abgefertigt, wenn der Eigentümer das Rad selbst an den Gepäckwagen verbringt, auf Zugwechselstationen selbst das Rad umlädt und auf der Zielstation das Rad am Gepäckwagen alsbald abholt. Fahrradkarten sind an den Gepäckschaltern erhältlich.

* **Verbrüht.** Am 3. d. Mts. abends kam ein 1 Jahr altes Kind in der Durlacherstraße einem Topf heißem Wasser zu nahe und zog sich dadurch so schwere Verbrühungen zu, daß es denselben gestern im Städt. Krankenhaus erlag.

* **Geländete Leiche.** Der ledige 30 Jahre alte Küfer Sebastian Straub aus Erlaheim, der in der Waldstraße in Stellung war und seit Sonntag, den 5. d. M. nachts vermißt wurde, wurde gestern Abend in der Alb, eine Strecke unterhalb der Hansa, als Leiche geländet. Ein Verbrechen dritter scheint ausgeschlossen.

* **Diebstahl.** Ein Matrose aus Neckarsteinach und ein Taglöhner aus Knielingen wurden wegen Diebstahls angezeigt, weil sie vom 13. bis 15. April einen Schiffsbesitzer im hiesigen Rheinhafen 2 Segeltücher im Werte von 80 Mk. stahlen und einem Sattler in Knielingen für 20 Mk. verkauften.

* **Im Vierordtbad** kam am 4. ds. abends einem Badenden ein Paar schwarze kalblederne Schnürschuhe abhanden.

* **Verhaftet** wurden: ein Schreiner aus Stein a. K., der von der Staatsanwaltschaft Mosbach wegen erschwerter Körperverletzung verfolgt wird; ferner eine 19 Jahre alte Näherin aus Durlach, die in einem hiesigen Geschäft in Stellung war und daraus nach und nach Haushaltungsgegenstände im Werte von 200 Mark stahl, und deren Vater, ein 49 Jahre alter Eisendreher aus Durlach, der einen Teil der gestohlenen Sachen in Verwahrung gab, wegen Hehlerei.

Aus dem Reiche.

Offiziere, Spieler und Wucherer.

München, 6. Mai. In dem Monstre-Prozeß gegen 16 des gewohnheitsmäßigen Wuchers in 266 Fällen angeklagte Kaufleute und Händler wurde fast der ganze Sitzungstag mit Verlesung der außerordentlich umfangreichen Anklageschrift ausgefüllt. Der Prozeß wird 5 Wochen in Anspruch nehmen.

Automobilunfälle.

Frankfurt a. M., 6. Mai. Gestern ereignete sich auf der Strecke des Kaiser-Rennens im Taunus in der Nähe von Esch ein schwerer Automobilunfall. An einer scharfen Kurve kam ein Rennwagen vom Wege ab, streifte einige Chausseebäume und stürzte dann die Böschung hinab. Der eine Insasse des Wagens, ein Ingenieur Pfendter aus Brüssel, war sofort tot, der Chauffeur wurde schwer verletzt. Das Automobil wurde zertrümmert.

Magdeburg, 6. Mai. Gestern Abend 11 Uhr fuhr ein dem Direktor Salzmann gehörendes Automobil auf der Chaussee vor Heyratsberge in rasendem Tempo in eine Turnerschar. Der Kaufmann Lahne war sofort tot. Ferner sind im ganzen zwanzig Personen zum Teil schwer verletzt. Die Insassen entgingen mit knapper Not der Lynchung.

*

Fiume, 6. Mai. Ein englischer Chauffeur, welcher für die Gräfin Hoyos ein neues englisches Automobil nach hier gebracht hatte, unternahm mit dem Chauffeur der Familie Whithead und dem Kammerdiener des Grafen Hoyos eine Automobilfahrt nach Tersato. An einer Biegung des Weges stürzte das Automobil um. Der englische Chauffeur sowie der Kammerdiener wurden sofort getötet, der Chauffeur der Familie Whithead ist nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus seinen Verletzungen ebenfalls erlegen.

Straßburg i. E., 4. Mai. Lustmord. Ein 13jähriges Mädchen, welches seit fünf Tagen vermißt war, wurde heute mit durchstochenem Halse im Rheinwald aufgefunden. Lustmord ist wahrscheinlich.

Bayreuth, 4. Mai. Der Doppelmörder Müller hatte, als ihm die Kunde von seiner Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthaus ward, den menschlich begreiflichen Wunsch geäußert, man möchte ihn zur Abbüßung seiner Strafe nicht auf die Plassenburg bei Kulmbach, also in seine Heimatstadt, verbringen. Dieser Wunsch ist ihm erfüllt worden. Gestern früh wurde Müller nach dem Zuchthause Ebrach verbracht.

Letzte Post.

Vom Bergarbeiter-Kongreß.

Dortmund, 6. Mai. In der heutigen Vormittagssitzung der Konferenz der Bergarbeiter-Vertreter erstattete der Abgeordnete Sachse den Geschäftsbericht. Nach dem großen Streik sei von 60 000 neuen Mitgliedern der größte Teil wieder ausgetreten. Das Ueberschichten-Wesen grassiere wieder sehr stark. Eine Verschmelzung aller Bergarbeiter-Verbände, die der großen Masse sympathisch sei, scheitere an dem Widerstand der leitenden christlichen Gewerkschaftskreise. Wenn bei der Lohnbewegung im letzten Herbst auch die Forderung von 15 Prozent Lohnerhöhung nicht durchgeführt werden konnte, so seien doch in den beiden letzten Quartalen 1906 die Löhne gestiegen. Bezüglich der Maifeier stehe der Vorstand auf dem Standpunkt, daß wegen dieser Feier ausgesperrte Mitglieder eine Unterstützung nicht erhalten sollen.

Der Liebertprozeß.

Leipzig, 6. Mai. Vor dem Schöffengericht wurde heute der Beleidigungsprozeß des Generals v. Liebert gegen den Redakteur Gen. Schöpflin verhandelt, der den General in der Volkszeitung für das Muldental beleidigt haben soll. In der Reichstagssitzung vom 1. März hatte General v. Liebert u. a. gesagt, Schöpflin habe ihn 6 Wochen lang im Schmutze herumgezerrt. Er habe die Reichsfahne durch die Bezeichnung „der Schmutzlappen des Hottentottenblocks" zu beschmutzen versucht usw. Darauf erließ Schöpflin in der Volkszeitung eine Erklärung, daß das bei einer Polemik der Volkszeitung gegen andere Blätter gefallene Wort von dem „Schmutzlappen des Hottentottenblocks" 1. nicht von ihm stamme und daß 2. damit selbstverständlich die Reichsfahne nicht gemeint sei. Die ganzen Ausführungen v. Lieberts seien Unwahrheiten und Liebert sei ein Lügner.

Schöpflin wurde deswegen zu einer Geldstrafe von 400 Mk. verurteilt.

Kämpf bleibt Vizepräsident.

Berlin, 7. Mai. Bei der heute stattfindenden Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstags werden die freisinnigen Parteien wieder den Abgeordneten Kämpf präsentieren, der die Kandidatur angenommen hat. Die Wiederwahl dürfte gesichert sein. Zentrum, Sozialdemokraten und Polen werden sich der Abstimmung enthalten.

Der Kousin und die Kousine.

Berlin, 6. Mai. Die Affäre Puttkamer zieht weitere Kreise. Frau von Germer, geborene Ecke, hat bekanntlich in einem offenen Briefe die Beschuldigungen, die der öffentliche Ankläger im Disziplinarverfahren des Gouverneurs von Puttkamer, Kammergerichtsrat Kleine, in seinem Plaidoyer gegen sie erhoben hat, als ungerechtfertigt bezeichnet und nunmehr ihren Rechtsbeistand beauftragt, gegen Kammergerichtsrat Kleine die Klage wegen verleumderischer Beleidigung einzureichen. (Siehe Artikel auf der 1. Seite.)

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Heute Abend punkt 9 Uhr Probe im Lokal. Vor der Probe, 1/2 9 Uhr, aus besonderem Anlasse Zusammenkunft in der Gartenlaube, Luisenstraße. Vollzähliges Erscheinen aller Sänger erwartet dringend
1886 Der Vorstand.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch den 8. Mai, abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im neurenovierten Lokal. Da Bericht vom badischen Parteitag erstattet wird, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 1882 Der Vorstand.

Grötzingen. (Sozialdemokratischer Verein.) Donnerstag den 9. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Ochsen Berichterstattung vom Parteitag. Alle Parteigenossen sind freundlichst eingeladen. 1886 B.

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts, Radlersektion.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Mittwoch den 8. d. M., abends halb 9 Uhr, im Lokal unsere statutengemäße Versammlung stattfindet. Da verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, wünscht zahlreiches Erscheinen 1890 Der Vorstand.

Weischneureuth. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch den 8. Mai, abends halb 9 Uhr, Versammlung im Ritter. Tagesordnung: Gemeinderatswahl. 873

Briefkasten der Redaktion.

R. M. in J. Ein Anspruch auf Fahrtermäßigung besteht nicht. Wohl aber können Sie ein Gesuch einreichen. Ob die Eisenbahnverwaltung diesem stattgeben wird, können wir natürlich nicht sagen, da nirgends bestimmt ist, daß Ausländer Fahrpreisermäßigung fordern können, wenn sie eine Militärdienstübung in ihrer Heimat zu absolvieren haben.

Gewerkschaftskartell Rastatt. Da Ihre Adresse unleserlich, teilen wir Ihnen auf diesem Wege mit, daß die reklamierten Zettel schon vorige Woche mit Zeitungspaket an Gen. Krebs abgingen.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Radrennbahn Karlsruhe

An der **Durlacher Allee**
Haltestelle der elektrischen Strassenbahn.

Donnerstag den **9.** Mai (Himmelfahrtstag), nachmittags ¼4 Uhr,

Kampf um das goldene Rad v. Karlsruhe.

Dauerrennen mit Motorschrittmachern über 140 Kilometer.

1881

Es starten:

Adolf Schulze, Berlin	Schrittmacher
Heinrich Arens, Köln	„
August Braun, Nürnberg	„
Adam Bäumler, München	„
Georg Timm, Düren	„
Philipp Eckhardt, Durlach	„
Gustav Gerstner, Karlsruhe	
Alfred Starke, Dresden	
Paul Schötz, Leipzig	
Julius Pokorny, Mainz	
H. Santowski, Berlin	
Paul Bergmann, Köln	

Ausserdem Flieger- und Motorschrittmacher-Rennen.

Größtes, interessantestes Rennen seit Bestehen der Radrennbahn.

Verschenkt wird an einen Programm-Inhaber ein neues Fahrrad.

Dienstag und Mittwoch von 6–8 Uhr: **Grosses Training.** – Alles Nähere siehe Programm und Anschlag-Säulen.

Sängerbund Vorwärts

18 90

Arbeiter Sängerbund

Karlsruhe

Donnerstag den 9. Mai (Himmelfahrtstag) 1887

Maiausflug mit Musik

nach dem **Tomashof.** Abmarsch punkt **6.30 Uhr** vom „Tivoli". Treffpunkt für Nachzügler beim Picknick oberhalb der Hornklamm. **Die Teilnehmer werden ersucht,** sich mit Mundvorrat zu versehen.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Den werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Liste für die Beteiligung am Sängerfest am 15 Mai geschlossen wird. **D. O.**

Gartenstadt Karlsruhe

(G. m. b. H.)

Der Gartenstadtgedanke und seine Verwirklichung bei Karlsruhe

Lichtbildervortrag gehalten von

Hans Kampffmeyer, Generalsekretär der Deutschen Gartenstadtgesellschaft,

Mittwoch den 8. Mai, abends 8½ Uhr, im Saal 8 der Brauerei Schrempp, Waldstraße 16–18.

Eintritt frei. **Damen willkommen.**

Um zahlreiches Erscheinen bittet 1880

Der Vorstand der „Gartenstadt Karlsruhe" e. G. m. b. H.

Vereinigte Arbeitervereine Bulach.

Donnerstag (Himmelfahrtstag) findet im Gasthaus zur **„Krone"** in Bulach ein 1875.2

Gartenfest

statt, bestehend in **Musik, Gesang, Preisschießen, Preiskegeln und Wurfkegelwerfen,** wozu wir Freunde und Gönner von Bulach u. Umgebung freundlichst einladen.

Die Festkommission.

Welt-Kinematograph.

WELT KINEMATOGRAPH

„Eintracht"
Karlsruhe.

Heute, Dienstag abends 8½ Uhr,

Große Vorstellung

mit vollständig neuem Programm und kommt in dieser Vorstellung außer den neuesten Schlagern, der Untergang des **Dampfers Berlin** zur Vorführung.

Vorverkauf zu sämtlichen Vorstellungen bei Herrn Karl Stiefel, Cigarrengeschäft, Karlfriedrichstraße 19 und Herrn Ad. Stauffert, Kaiserstraße 113 1878

Kassen-Eröffnung: eine Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Morgen Mittwoch

2 große Vorstellungen

nachmittags 4 Uhr,
abends 8½ Uhr,

Die New-Yorker Germania-Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Berlin

hat mit dem 1. Januar 1907 außerordentlich liberale neue Versicherungs-Bedingungen eingeführt. **Besonders wertvoll das automatische Inkraftbleiben der Police für den vollen Betrag ohne Prämienzahlung.** Man erbitte Prospekt.

Jacob Stern, 1803.3
Karlsruhe, Kaiserstraße 128,
Generalvertretung für das Großherzogtum Baden und Hohenzollern

---

Wollen Sie Geld sparen?

so machen Sie von nachstehender Offerte Gebrauch.

Total-Räumungs-Ausverkauf

wegen

Umzug.

1892

Auf meine allerseits bekannt billigen Preise gewähre noch einen **Extra-Rabatt** von

10% Rabatt

in bar oder Marken.

Spezial-Offerte für Wirte

nur diese Woche gültig (diese Preise sind netto)

Eckenseidel	0,4 Liter, 100 Stück	**17.75**	**Wassergläser**	von **4**	Pfg. an
Becher	extra schwer, ¼ Liter, 100 Stück	**9.00**	**Weingläser**	von **11**	Pfg. an
Kaiserbecher	¼ Liter 100 Stck.	**13.00**	**Römer**	von **19**	Pfg. an

Außerdem noch große Posten in

Platten, Teller etc.

zu herabgesetzten Preisen.

Max Bondy,

Kaiserstraße 125, zwischen Kreuz- u. Adlerstr., Kaiserstraße 125

Bekanntmachung.

Auf Grund der seitens der Stadtverwaltung in ihrer Bekanntmachung erfolgten Bemerkung:

„Die Zentrale ist künftighin als ein reines Privatunternehmen anzusehen"

geben wir, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, hiermit zu wissen, daß unser Unternehmen ohnehin schon seither ein solches war, um dadurch die allgemein erwachte Auffassung: Die Stadtverwaltung wäre an unserer Milchzentrale pekuniär beteiligt gewesen, klar zu legen.

Wir erlauben uns, unsere geschätzten Kunden besonders darauf aufmerksam zu machen, daß unser Geschäftsprinzip: Dem verehrten Publikum **eine vollständig gereinigte, tiefgekühlte, unverfälschte und vor allem gut bekömmliche Vollmilch** zu liefern, **trotz des Verlustes der städtischen Kontrolle vor wie nach mit Eifer hochgehalten wird.**

Unser Betrieb, zu dessen Besichtigung wir alle Interessenten während der Verarbeitung der Milch in den Vormittagsstunden von 11 Uhr an bis nachmittags 2 Uhr freundlichst willkommen heißen, **ist mit der modernsten maschinellen Einrichtung versehen und steht im ganzen Großherzogtum einzig als der vollkommendste auf dem Gebiete der Milchwirtschaft da,** auch lassen die Räumlichkeiten in bezug auf Sauberkeit und Einrichtung in keiner Weise mängeln.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß wir mit sämtlichen unserer werten Kunden in ununterbrochener Verbindung bestehen bleiben werden, daß wir bei allen die gütige Berücksichtigung: „Aller Anfang ist schwer", finden und knüpfen daran die höfl. Bitte, unser junges, wichtiges Unternehmen gefl. weiter unterstützen zu wollen.

Indem wir unserer werten Kundschaft wiederholt die feste Versicherung unterbreiten, stets streng bemüht zu bleiben, das Möglichste aufzubieten, uns des Vertrauens und Wohlwollens unserer geschätzten Geschäftsfreunde, durch tadelloseste und pünktlichste Bedienung, in jeder Weise würdig zu zeigen, empfehlen wir uns

mit vorzüglicher Hochachtung 1884

Milchzentrale Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Der Verwaltungsrat.

Neu eingeführt!

Spanischer

Rotwein

(Alicante)

Literflasche **75** Pfg.

leere Flasche wird mit 15 Pfg. zurückgenommen,

empfehlen 1678

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

Schmiede-Gesuch.

Ein junger Arbeiter, welcher sich in Hufbeschlag und Wagenbau ausbilden will, kann sofort eintreten bei

Robert Kirsche, 1891
Schmiedmeister in **Baden-Baden.**

Kartoffeln,

prima **Magnum bonum,** per Ztr. Mk. **3.80,** hat noch abzugeben

Jean Haas,
1877 **Effenweinstraße 20.** 8

Brötzingen.

Abschlüsse von Feuerversicherungen der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft, sowie Lebens-, Sterbekassen- und Kinderversicherungen der Preuß. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" besorgt prompt und billigst. 1864.2

Karl Staib, Kettenmacher
Burgstraße 9.

Pforzheim.

Gesangverein Freiheit, Freie Turner u. Radler

Donnerstag den 9. Mai, (Himmelfahrtstag) gemeinschaftlicher

Frühausflug

mit Musik

über Seehaus ins Kurhotel nach **Würm,** wozu wir unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner freundlichst einladen. 1886.2

Abmarsch **halb 7 Uhr** vom Lindenplatz.

Die Vorstände.

Alte Brauerei Keck,

Kaiserstraße 13

Morgen Mittwoch

Großes Schlachtfest. 1888

Hierzu ladet ergebenst ein

Fr. Möhrlein.

Mühlburg.

Bachstraße 79 ist eine Zweizimmerwohnung im 5. Stock sofort zu vermieten. Näheres im 4. Stock links. 1876.3

Neue Möbel.

2 Betten, hochhäuptig mit Muschelaufsatz, **2 Röste, 2 Kopfpolster, 2 Roßhaarmatratzen, Chiffonnier, Vertikow,** massiv, **Tisch u. Stühle, Küchenschrank, Küchentisch und Hocker** um den billigen Preis von **350 Mk.** abzugeben. 1883.3
Seubertstr. 2, part., b. Schlachthof.

Offenburger Pferde
Ziehung 6. Juni 1907
Bar Geld
sofort mit 80% auszahlbar i/W.

25,000 M.
1. Hauptgewinn
5000 M.
2. Hauptgewinn
2000 M.
10 Gewinne
6000 M.
488 Gewinne
12,000 M.

Beste Gewinnchancen!
50% der Einnahme wird verlost.

Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 ₰ empfiehlt das General-Debit.
J. Störmer, Strassburg i. E., **Langestr. 107.**
Carl Götz, Hebelstr. 11/15
H. Moyle, E. Dahlemann, L. Michel, E. Flügge, Chr. Frank, A. Stauffert, Fr. Haselwander. 1595

A. Bruder, Schuhgeschäft. — W. Wetz.

Billig zu verkaufen

sind gut erhaltene **Herren- und Frauenkleider,** darunter ein wenig getragenes weißes Kleid. **Schillerstraße 1,** parterre. 1879

Zu vermieten eine Wohnung v. 1 Zimmer u. Küche im 1. Stock (Vorderhaus) oder 2 Zimmer (Hinterhaus) auf sofort oder später. Näh. **Schwanenstr. 7, 2. St.**

Burgstraße 9, 3. St., **Brötzingen** ist ein möbliertes Zimmer an einen soliden Arbeiter zu vermieten.

Schützenstr. 93, 3. St., bei Braun ist ein mödl. Mansardenzimmer zu vermieten.

Werderstr. 68, 2. St. lks., mödl. Mansardenzimmer für 6 Mk. sofort zu vermieten. 1848

Mandoline, gut erhalten, mit Schule, f. 12 Mk. zu verkaufen. **Brauerstraße 13,** p. l.

Kinderlieg- u. Sportwagen, gut erhalt. ohne Gummi, billig verk. **Wielandstr. 12,** 4. St.

Gefunden i. Hardtwald a. Tennisschläger. Abzuh. nach 6 Uhr abends **Eisenbahnstr. 14, 4. r.**

---

12 Hühner und 1 Hahn sind zu verkauf. **Daxlanden,** Lammstraße 56.

Schnauzer, echter Rattenfänger, zu verkaufen. **Ettlingen,** Lauergasse 11.

Drossel, gut singend, zu verkaufen. **Schützenstr. 54,** 4 St., Vorderhaus.

Vogelschrank zu verkaufen. Daselbst eine prima Zither z. k. ges. **Welfenstr. 32 IV.**